



# Antrag

Vorlage: AT/0222/2020		Datum: 26.10.2020			
Verfasser:	08-Ratsfraktion Die Linke			Az.:	
<b>Betreff:</b>					
<b>Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE: Generisches Femininum</b>					
Gremienweg:					
05.11.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		

## Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen: Die Stadtverwaltung Koblenz kommuniziert (intern und extern) ab dem 01.01.2021 ausschließlich im Generischen Femininum.

## Begründung:

Seit Mitte der 1970er Jahre ist der Begriff "Generisches Maskulinum" in Deutschlands Diskursen nicht nur angekommen, sondern fest verankert. Seit einem knappen Jahrhundert herrscht Klarheit darüber, dass Männer in der deutschen Sprache bevorzugt werden.<sup>1</sup>

Um Koblenz' Anspruch eine bunte und diverse (also auch geschlechtergerechte) Stadt zu sein, konsequent umzusetzen, wird für die nächsten fünfzig Jahre ausschließlich das Generische Femininum eingesetzt.

Da dieser Antrag fragile Maskulinität und altmodische Männlichkeitsbilder triggert, bietet die Stadt Koblenz mit seiner Umsetzung einhergehend Umschulungen bzw. Seminare an, um den alternativen Umgang mit der deutschen Sprache zu erlernen.<sup>2</sup>

Dieser Antrag ist im Generischen Femininum formuliert, es gelten grammatisch feminine Personenbezeichnungen gleichermaßen für Personen weiblichen, nicht-binärem und männlichen Geschlechts.

Kevin Wilhelm, Stellv. Fraktionsvorsitzender

## Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Keine Auswirkungen

1. Geschlechtergerechte Sprache als Thema der germanistischen Linguistik,  
<https://www.researchgate.net/project/Geschlechtergerechte-Sprache-in-Theorie-und-Praxis>

2 Justizministerium verfasst Gesetzentwurf in weiblicher Form,  
<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-10/gendergerechtigkeit-justizministerium-femininum-sprache-gesetzentwurf>